

LANGFASSUNG!

Nationalpreisträger 2016 ist der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

„Für die Zukunft der Erinnerung“

Gewürdigt wird die internationale Gedenk-, Bildungs- und Jugendarbeit

Hamburg, 16. März 2016 – Die Deutsche Nationalstiftung zeichnet den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. für seine Gedenk-, Bildungs- und Jugendarbeit mit dem Deutschen Nationalpreis 2016 aus. Das gab Staatsrat a. D. Dirk Reimers, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung, heute in Hamburg bekannt. Der mit 50.000 € dotierte Preis wird am 15. Juni 2016 in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin verliehen.

Die Stiftung fasste die Begründung in diesen wesentlichen Punkten zusammen:

- Der Volksbund hat sich mit seinen vielfältigen Aktivitäten seit 1919 – nur unterbrochen von 1933 bis 1945 sowie in der damaligen DDR – in beispielhafter und oft verkannter Weise in Deutschland und Europa um die Versöhnung ehemaliger Kriegsgegner und um die Zukunft der Erinnerung und eine zeitgemäße Gedenkkultur verdient gemacht.
- Mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es notwendig, die wie selbstverständlich in Frieden lebenden Nachkriegsgenerationen vor dem Hintergrund der Kriegsgräber für die Idee zu gewinnen, dass die Gestaltung ihrer Zukunft auch Erinnerung braucht.
- Der Volksbund schafft durch seine historisch-politische Bildungs- und Jugendarbeit die Voraussetzung, dass auch den seit Jahrzehnten im Frieden lebenden jüngeren Generationen ein zeitgemäßes Gedenken möglich ist und sie dies auch selbst mitgestalten können. Allein in den vier Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten des Volksbundes in den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Deutschland nutzen jährlich rund 20.000 Jugendliche das Angebot „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“.
- Er entwickelt die Friedhöfe zu Lernorten der Geschichte, da sie durch das Ableben der Zeitzeugengeneration immer weniger Orte von individueller Trauer sind. Tagungen und Seminare zu Fragen der Gedenkkultur im europäischen Kontext, Erwachsenen-Workcamps, Bildungs- und Angehörigenreisen sind weitere zentrale Säulen der Vermittlungsarbeit des Volksbundes.

- Der Volksbund pflegt die Gräber aller Toten von Krieg und Gewaltherrschaft – von Soldaten ebenso wie von Zivilisten. In 45 Staaten sind es auf 832 Kriegsgräberstätten die Gräber von 2,7 Millionen Kriegstoten. Seit 1991 richtete er 330 Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges und 188 Anlagen aus dem Ersten Weltkrieg in Ost-, Mittel- und Südosteuropa wieder her oder legte sie neu an. 856.722 Kriegstote wurden bislang auf 82 Kriegsgräberstätten umgebettet. Noch heute sind es jedes Jahr ca. 30.000 neue.

Mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist es notwendig, die Nachkriegsgenerationen vor dem Hintergrund der Kriegsgräber für die Idee zu gewinnen, dass die Gestaltung der Zukunft auch Erinnerung braucht.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge setzt sich zukunftsgerichtet dafür ein, diesen Gedanken in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.

Dirk Reimers: „Der Volksbund steht mit seiner Gedenkkultur und Jugendarbeit für Frieden und Versöhnung über den Gräbern in Europa und der Welt. Er zielt auf ein besseres Verständnis der eigenen Geschichte im europäischen Kontext. Er trägt auch dazu bei, dass unter allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft die eigenen Soldaten nicht vergessen werden, auch wenn sie ihr Leben für eine falsche Sache einsetzten. Diese differenzierte Erinnerung erwarten auch Deutschlands ehemalige Feinde von uns. Francois Mitterand unterschied am 8. Mai 1995 in Berlin zwischen der persönlichen Tapferkeit der Soldaten und der schlechten Sache, der sie dienten, und Charles de Gaulle mahnte: `Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es mit seinen Toten umgeht.`“

Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge: „Im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unserer vielen ehrenamtlichen Unterstützer danke ich der Deutschen Nationalstiftung, dass sie uns in diesem Jahr mit dem Nationalpreis auszeichnet. Wir freuen uns über diese Anerkennung und die Begründung, die sie dafür anführen. Denn sie ist für uns Bestätigung und Ermutigung zugleich. Bestätigung, weil uns diese Auszeichnung zeigt, dass die Arbeit des Volksbundes auch im 21. Jahrhundert von gesellschaftlicher Bedeutung ist. Ermutigung, weil uns dieser Preis darin bestärkt, dass wir mit unserer Neuaufstellung des Volksbundes auf dem richtigen Weg sind und damit zunehmend Interesse und Anerkennung in allen Generationen finden. Denn nur wenn es uns gelingt, auch jüngere und mittlere Altersgruppen zu erreichen, kann die Zukunft des Gedenkens an die Kriegstoten sichergestellt werden.“

Hintergrundinformationen:

Die Entstehungsgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg blieben deutsche Kriegsgräber im In- und Ausland trotz staatlicher Pflegeverpflichtung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen faktisch ohne Fürsorge. Private Initiativen setzten sich dafür ein, diese Aufgabe im Zusammenwirken mit staatlichen Behörden im In- und Ausland zu fördern und Angehörigen behilflich zu sein. Am 16. 12. 1919 wurde dafür der privatrechtliche Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gegründet.

Unterzeichner des Gründungsaufrufes waren u.a. Konrad Adenauer, Graf von Baudissin, Richard Dehmel, Erzbischof von Faulhaber, Otto Sibelius, Max Liebermann, Franz von Mendelsohn, Max Pechstein, Walter Rathenau, Fritz Schumacher und Julius Stern. Paul Löbe und Friedrich Ebert gehörten von der Gründung an zu den Unterstützern.

Die 1,8 Millionen deutschen Kriegstoten des Ersten Weltkrieges waren in der zeitgenössischen Deutung über Parteigrenzen hinweg und auch im Volksbund vor allem Helden, die ihr Leben für das Vaterland geopfert hatten.

Es gab aber auch zur Versöhnung mahnende Worte wie die von Reichspräsident Paul Löbe beim Volkstrauertag 1922.

Die Nationalsozialisten lehnten alle auf Trauer, Versöhnung und internationale Verständigung gerichteten Ziele als überholte pazifistische Ideen ab und propagierten Heldentum, Opferbereitschaft und Kampfesmut. Die Errichtung von Soldatenfriedhöfen wurde vom Gräberdienst der Wehrmacht übernommen. Die Arbeit des Volksbundes rückte in den Hintergrund.

Nach dem Krieg wurde der Volksbund in den drei Westzonen für einen Neuaufbau zugelassen und stellte seine Arbeit unter das Leitmotiv „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Seit 1951 befindet sich die Bundesgeschäftsstelle in Kassel.

In der SBZ/DDR war der Volksbund verboten und galt als faschistische Organisation. Nur sowjetische Gräber wurden staatlich gepflegt. Dort wie in ganz Osteuropa konnte der Volksbund seine Arbeit erst nach 1990 aufnehmen. Gleichwohl hat der Volksbund die Kirchen in der DDR in vielfältiger Weise bei ihrem Bemühen um die Pflege der Kriegsgräber unterstützt.

Im April 2001 hat der Volksbund die Stiftung „Gedenken und Frieden“ gegründet. Stiftungszweck ist neben der Sicherung der Kriegsgräberstätten die Friedenserziehung durch Bildung und Jugendarbeit und die Entwicklung und Pflege einer demokratischen Gedenk- und Erinnerungskultur.

Heute hat der Volksbund knapp 350.000 aktive Förderer sowie über eine Million Gelegenheitsspenden und Interessente. Mit ihren Beiträgen und Spenden, mit Einnahmen aus Erbschaften und Vermächtnissen sowie den Erträgen aus der jährlichen Haus- und Straßensammlung finanziert der Volksbund zu etwa 70 Prozent seiner Arbeit. Den Rest decken öffentliche Mittel des Bundes und der Länder. Mehrere tausend ehrenamtliche und 566 hauptamtliche Mitarbeiter/innen erfüllen heute die vielfältigen Aufgaben der Organisation.

Rechtsgrundlagen und Aufgaben des Volksbundes

Auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts (Genfer Abkommen) und des dort verankerten dauernden Ruherechts von Kriegstoten sind grundsätzlich die Staaten für die auf ihrem Gebiet liegenden Kriegsgräberstätten zuständig.

Für deutsche Kriegsgräber im Ausland gelten die seit 1952 in der Regel durch Arbeitsbeziehungen des Volksbundes vorbereiteten Kriegsgräberabkommen der Bundesrepublik mit den einzelnen Staaten. Der Volksbund nimmt diese Aufgaben im Auftrag des Bundes wahr. Finanziert wird diese Arbeit bisher in hohem Maße durch Spenden der Erlebnisgeneration.

Im Inland sind im Anschluss an das Kriegsgräbergesetz von 1952 nach dem Gräbergesetz von 1965 in der Fassung von 2013 (Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft) bei Kostentragung des Bundes die Bundesländer zuständig. Der Volksbund arbeitet aber auch hier auf Schwerpunktfriedhöfen mit jungen Menschen und hat dazu pädagogisches und Dokumentationsmaterial erstellt.

Über die Jugendarbeit des Volksbundes

Erinnerung ist für jede Nation die Grundlage für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft. Kriegsgräber sind authentische Orte für eine zeitlose, kollektive Erinnerung. Sie symbolisieren die Gefährdung von Gesellschaften, fordern die Befassung mit der eigenen Geschichte und der von anderen Nationen und lassen die Bedeutung von ethischen Fragen, von Maß und Mitte und von eigener Verantwortung erkennen.

Besonders für junge Menschen bei ihrer Suche nach Orientierung ist die Begegnung mit diesen Orten gemeinsam mit gleichaltrigen Jugendlichen aus anderen Ländern von prägender Bedeutung. Als einziger Kriegsgräberverband der Welt bietet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als anerkannter Träger der politischen Bildung und freien Jugendhilfe eine in der Satzung verankerte aktive Jugend- und Schularbeit mit hauptamtlichen pädagogischen Fachkräften an.

Unter dem Leitwort „**Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden**“ betreibt er fünf eigene Jugendbegegnungsstätten in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland. Er veranstaltet – u.a. zusammen mit dem deutsch-französischen, dem deutsch-polnischen Jugendwerk, der Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch und mit Unterstützung des Bundes und der EU internationale Jugend-Workcamps in 20 Ländern. Beginnend mit einem Jugendtreffen im belgischen Lommel 1953 haben mehr als eine halbe Million Jugendliche an den Veranstaltungen des Volksbundes teilgenommen. Aus den Begegnungen sind auch binationale Schulpartnerschaften entstanden.

Für Schulen werden mit Unterstützung der Kultusministerkonferenz und des Bundeselternrates zahlreiche pädagogische Handreichungen zu historischen Grundsatz- und Einzelthemen bereitgestellt. Auf regionaler Ebene arbeiten Jugendarbeitskreise für eine geschichtsbewusste Gedenkkultur.

Die Bundeswehr unterstützt den Volksbund und seine Jugendarbeit auf freiwilliger Basis der Soldaten seit ihrem Bestehen auf der Grundlage eines gemeinsamen Vertrages und der jeweiligen Erlasse des Bundesministeriums der Verteidigung bei der Haus- und Straßensammlung, bei Arbeitseinsätzen auf Kriegsgräberstätten, bei Workcamps und verschiedenen Gedenkveranstaltungen und Benefizkonzerten.

Was sind Kriegsgräber?

Soldaten sterben nicht nur als Privatpersonen und bringen dadurch Leid über ihre Familie und ihr persönliches Umfeld. Soldaten sterben vor allem im Namen eines Landes und einer Nation. Es ist deshalb völkerrechtliche Tradition und international staatliche Verpflichtung, zur Erinnerung über die individuelle Trauer hinaus auf Soldatenfriedhöfen Kriegsgräber herzurichten, auf Dauer zu unterhalten und zu pflegen.

Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 bestimmt Art. 16 des Frankfurter Friedensvertrages: „Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, die Gräber der auf ihrem Gebiet beerdigten Soldaten respektieren und unterhalten zu lassen“.

Nach dem Ersten Weltkrieg regelte der Versailler Vertrag von 1919 in den Art. 225 f. den Schutz der Kriegsgräber – auch für Kriegs- und Zivilgefangene.

Durch Krieg und Gewaltherrschaft sterben aber nicht nur Militärangehörige, sondern ebenso z.B. Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Vertriebene und wahllos auch Zivilisten, z.B. durch Bombenangriffe.

Kriegsgräber mit dauerndem Ruherecht sind deshalb heute nicht nur Begräbnisstätten für Soldaten und Zivilinternierte (so noch das Gesetz über die Erhaltung der Kriegsgräber von 1922). Nach den Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts und dem deutschen

Gräbergesetz von 1965 in der Fassung von 2013 sind auch die Gräber der bis 1952 durch Krieg und Gewaltherrschaft und ihre Folgen gestorbenen Menschen als Kriegsgräber anerkannt, soweit sie nicht individuell auf Friedhöfen beigesetzt worden sind. Dazu zählen auch die Opfer der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR bis 1952 einschließlich der zivilen deutschen Internierten, z. B. aus Siebenbürgen, Schlesien und der SBZ.

Wer liegt auf Kriegsgräberstätten?

Im Ersten Weltkrieg lehnte eine „Allerhöchste Kabinettsordre“ des Deutschen Reiches von 1917 angesichts des Massensterbens „Heldenverehrung und Monumentalismus“ ab und befahl eine möglichst schlichte und strenge Beisetzung ohne Unterschied nach Rang, Dienstgrad oder nationaler Zugehörigkeit.

Auf Kriegsgräbern des Zweiten Weltkriegs liegen in Folge der zunehmenden Entgrenzung des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur Soldaten, Zivilisten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und alle weiteren Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Wie umgehen mit Kriegsverbrechern und Angehörigen der Waffen-SS?

Die totalitäre Herrschaft der Nationalsozialisten hatte alle Institutionen der Gesellschaft durchdrungen. Unter den Anhängern waren verführte Idealisten, Mitläufer, Opportunisten und Verbrecher. Auch die Wehrmacht hat sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht (Bundespräsident Joachim Gauck am 6. 5. 2015).

Die individuelle Schuld der auf Kriegsgräberstätten beigesetzten Personen ist nur im Einzelfall bekannt. Eine generelle Ehrung ist deshalb ebenso unpassend wie eine allgemeine Verurteilung. Im Mittelpunkt stehen die Erinnerung an grenzenloses Leid unzähliger Menschen und der Appell an die Verantwortung aller Nachgeborenen, dies nicht wieder geschehen zu lassen, humanitäre Werte zu verteidigen und sich für Ausgleich, Frieden und für die Versöhnung zwischen früher verfeindeten Nationen einzusetzen.

Anlässlich des 50. Jahrestages der „Reichspogromnacht“ distanzierte der Volksbund sich 1988 von allen, die während des NS-Regimes Unmenschlichkeiten verübt haben. Weiter heißt es:

„Aber gute und böse Tote gibt es nicht. Sie sind der irdischen, von Menschen gestalteten Gerechtigkeit entzogen. Friedhöfe sind keine Gerichtsstätten. Sie lassen uns aber erfahren, dass es Friede und Versöhnung gibt. Sie lassen uns trauern und erinnern zugleich, wozu der Mensch immer fähig ist: zu Rache, Plünderung, Mord, Vergewaltigung, Tötung wehrloser Menschen – und auch zu humanitärem Handeln“.

Volksbund-Präsident Markus Meckel sagte dazu in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. 11. 2015:

„Auf den Kriegsgräberstätten sind Soldaten und Zivilisten aller Schichten und Geistesrichtungen beerdigt, überzeugte Nazis wie ihre Gegner. Menschen, die mit Begeisterung oder widerwillig in den Krieg zogen – und die meisten von ihnen hatten keine Wahl.

Viele waren sehr jung. Wie sie sich dann jeweils konkret verhalten haben, wissen wir oft nicht. Da liegen Menschen, die schlimmste Verbrechen begangen haben- und ebenso jene, die sich weigerten und dann Opfer der Wehrmachtsjustiz wurden. Vielen Schicksalen ist Tragik nicht abzusprechen. Sollten wir uns dem nicht stellen, offen damit umgehend und nichts versteckend? Trauernd, erinnernd – doch ohne zu ehren, denn ein Feld der Ehre war es nicht.

Zu den Grundregeln des Rechtsstaats gehört die Überzeugung, dass auch der Straftäter seine Würde als Mensch nicht verliert. Auch der, der sich schwer schuldig gemacht hat, verdient ein Grab. Auch er hat eine Familie, die um ihn trauert – und ein Recht darauf hat. Eine solche Aussage relativiert nichts, Unrecht und Verbrechen bleiben, was sie sind.“

Ähnliche Gedanken symbolisieren schon der Händedruck von Staatspräsident Francois Mitterand und Bundeskanzler Helmut Kohl vom 8. Juni 1984 vor dem Gebeinhaus Douaumont, der Besuch von Ronald Reagan mit Helmut Kohl auf dem Soldatenfriedhof Bitburg am 5. Mai 1985 und Präsident Barack Obamas Hinweis vom 5. Juni 2009 auf die Bedeutung der Gedenkstätte Buchenwald „als Warnung vor dem Bösen im Menschen“.

In Osteuropa ist dieses Thema erst seit 1990 in das öffentliche Bewusstsein gerückt. In jedem Fall zwingt die Bereitschaft früherer Feinde zur Versöhnung über den Gräbern Deutschland zu einer klaren, eigenen Position ohne Ausweichen und Verdrängen.

Wie entwickelt sich die Gedenkkultur in Europa?

Grundsätzlich gedenken die europäischen Nationen ihrer Kriegstoten nur im eigenen nationalen Rahmen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Geschichte und des Schicksals ihrer Nation in den jeweiligen Kriegen.

Mit zunehmender Zeit entwickelt sich aber auch eine mehr auf Verständigung und Versöhnung zwischen den Nationen gerichtete europäische Gedenkkultur. In Frankreich wurden nach dem Ersten Weltkrieg auf den Kriegsgräbern französische Kriegstote mit weißen Kreuzen und deutsche zur Unterscheidung mit schwarzen Kreuzen gekennzeichnet.

Am 96. Jahrestag des Waffenstillstands von 1918 eröffnete Staatspräsident Francois Hollande im November 2014 in Ablain-St. Nazaire das Gefallenenmahnmal Notre-Dame-de-Lorette. Als Zeichen eines gemeinsamen, nicht nur auf einzelne Nationen beschränkten

Gedenkens sind dort die Namen von 580.000 gefallenen Soldaten aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland Gemeinsamkeit alphabetisch und ohne Unterscheidung nach Nationalität aufgeführt.

Ehemalige Feinde reichen Deutschland nach allen furchtbaren Kriegen über den Gräbern die Hand: durch die Zusammenarbeit in der Gedenkkultur und auch ganz buchstäblich wie Francois Mitterand am 8. Juni 1984 in Douaumont und Ronald Reagan am 5. Mai 1985 in Bitburg.

Deutschland ist in seiner Gedenkkultur hinsichtlich der Soldaten des Zweiten Weltkriegs und der geschehenen Verbrechen noch nicht vollkommen sprech- und partnerfähig. Der Volksbund kann helfen, Schweigen, Unsicherheit oder Verdrängen zu überwinden

Hat sich die Arbeit des Volksbundes durch Zeitablauf erledigt?

Nein, sie gewinnt vielmehr täglich an Gewicht.

Mit dem Ableben der letzten Zeitzeugen bedarf es immer größerer Anstrengungen, den wie selbstverständlich im Frieden lebenden nachwachsenden Generationen die Folgen von Krieg und Gewaltherrschaft bewusst zu machen und das Gedenken an die gefallenen Soldaten und die zivilen Toten der Kriege auch in einer sich wandelnden Gesellschaft neu zu gestalten und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Nur durch das Wissen um die Bedeutung der Kriegsgräberstätten und das Schicksal der dort ruhenden Menschen kann Verständnis dafür geweckt werden, dass ein öffentliches Gedenken an die Kriegstoten auch künftig einen Wert für die Gesellschaft hat und dass eine friedliche Zukunft auch Erinnerung braucht. Dafür ist es notwendig, Bildungsangebote für die Nachkriegsgenerationen bereit zu halten.

Ist der Volksbund eine christliche Vereinigung?

Der Volksbund ist unabhängig, überparteilich und setzt sich für alle Opfer ein, unabhängig vom Inhalt ihrer religiösen Vorstellungen. In diesem Sinne ist das 1921 erstmalig gezeigte und 1926 offiziell eingeführte Signet mit den fünf Kreuzen als religionsübergreifendes, universales Symbol entstanden. Es orientiert sich am „Vier-Grenadier-Grab“ in Grabowiec/ Polen und weist über die eigene Nation hinaus.

Was bedeutet der Volkstrauertag?

Auf Anregung des Volksbundes wurde 1922 als Zeichen der Solidarität mit den Opfern und Hinterbliebenen der Volkstrauertag eingeführt.

In der ersten Feierstunde stellt Reichspräsident Paul Löbe den Gedanken der Versöhnung und der Überwindung des Hasses in den Mittelpunkt.

Die Nationalsozialisten verwarfen diese Gedanken und ersetzten den Volkstrauertag 1934 durch den nur der „NS-Volksgemeinschaft“ gewidmeten „Heldengedenktag“ und schlossen alle aus, die nicht dazu gezählt wurden, so auch alle für Deutschland gefallenen jüdischen Weltkriegssoldaten.

Auf Veranlassung des Volksbundes ist der Volkstrauertag 1952 wieder eingeführt worden.

Am Sonntag zwei Wochen vor Advent gilt er der nationalen Trauer um alle militärischen und zivilen Opfer. Vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte mahnt er in zeitgemäßer Form zu Versöhnung, Verständigung und für den Frieden.

Über die Deutsche Nationalstiftung:

Die von Helmut Schmidt und anderen 1993 gegründete überparteiliche, unabhängige und gemeinnützige Deutsche Nationalstiftung will das Zusammenwachsen Deutschlands fördern, die nationale Identität der Deutschen bewusst machen und die Idee der deutschen Nation als Teil eines vereinten Europas stärken.

Sie veranstaltet internationale Jugendprojekte, Tagungen, Diskussionsforen und vergibt seit 1997 jährlich den Deutschen Nationalpreis an Menschen und Institutionen, die sich um die Ziele der Stiftung beispielhaft verdient gemacht haben.

Bisherige Preisträger ab 1997: Die Initiative zum Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden; Wolf Biermann; Horst Bethge und Heinz Berggruen; das Neue Forum; Tadeusz Mazowiecki und Joseph Rován; Günter de Bruyn und Wolf Jobst Siedler; Vaclav Havel; Fritz Stern; die Herbert-Hoover-Schule in Berlin („Deutsch auf dem Schulhof“); das Geschichtsnetzwerk junger Europäer „Eustory“; die Initiatoren eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin; die Schriftsteller Erich Loest, Monika Maron und Uwe Tellkamp; Die deutsch-polnischen „Brückenbauer“ Karl Dedecius und Alfons Nossol; der Begründer der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Gottfried Kiesow; die Jugendfeuerwehren in Deutschland; die Leipziger Montagsdemonstrationen und der Direktor des Britischen Museums, Neil MacGregor.

Weitere Informationen auf www.nationalstiftung.de und www.volksbund.de

Rückfragen:

Deutsche Nationalstiftung, Dirk Reimers, Tel.: 040 4133 6753 und

Pressebüro BKM GbR, zuständig: Ludwig Rademacher, Tel.: 040 8787 7950